

auch In der Verwaltung wichtigste Aufgabe unserer Parteiorganisationen

Am 24. und 25. Februar 1951 tagte in der Deutschen Verwaltungsakademie „Walter Ulbricht“ in Forst Zinna die Konferenz der Staatsfunktionäre, die mit größtem Ernst, mit Hilfe der Kritik und Selbstkritik die brennendsten Probleme der Arbeit unseres Staatsapparates erörterte.

Der Generalsekretär unserer Partei, Genosse Walter Ulbricht, betonte in seinem grundlegenden Referat, daß das Jahr 1951 — das entscheidende Jahr des Kampfes um den Frieden und um die Einheit Deutschlands — von den Mitarbeitern des Staatsapparates in erster Linie eine entscheidende Änderung und Verbesserung der Arbeitsmethoden der staatlichen Organe fordert, weil die bisherige Arbeitsweise der Verwaltung, obwohl sie sich im vergangenen Jahr bedeutend verbessert hat, noch nicht genügt, um die Erfüllung der uns gestellten großen Aufgaben zu sichern.

Die Erfüllung dieser Aufgaben hängt also von den Menschen ab, die im Staatsapparat tätig sind. Damit wird die Erziehung dieser Menschen, die Festigung ihres demokratischen Staatsbewußtseins und die Stärkung ihres Verantwortungsgefühls zur zentralen Frage und zur wichtigsten Aufgabe unserer Parteiorganisationen in der Verwaltung.

Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, müssen unsere Parteiorganisationen eine entscheidende Wendung in ihrer eigenen Arbeit herbeiführen und auf neue Art

1. an die Frage der Schulung in der Verwaltung und
2. an die Frage der Erziehung der Menschen in der täglichen Arbeit, in der unmittelbaren Zusammenarbeit herangehen.

Unsere Parteiorganisation in der Verwaltung muß sich also für die Erziehung aller Verwaltungsangestellten verantwortlich fühlen und begreifen, daß die notwendige Veränderung und Verbesserung der Arbeitsmethoden des Staatsapparates nur in dem Maße durchgeführt werden wird, in welchem auch unsere Parteiorganisation ihre bisherige Arbeitsweise ändern und verbessern wird.

Die Partei *muß* sich um die innerbetriebliche Schulung kümmern

Wenn wir die Schulung in der Verwaltung betrachten, werden wir feststellen müssen, daß sich viele unserer Parteileitungen bisher nur für die Durchführung des Parteilehrjahres verantwortlich gefühlt haben. Die innerbetriebliche Schulung war ausschließlich Angelegenheit des Schulungsreferenten in den Fällen, wo es einen solchen gab, oder aber der Personalabteilung.

Manche Genossen, vor allem in führenden Verwaltungsfunktionen, beteiligten sich an der innerbetrieblichen Schulung überhaupt nicht und hielten des öfteren mit dem Hinweis auf die Dringlichkeit gewisser Arbeiten sogar einen Teil ihrer engsten Mitarbeiter von der innerbetrieblichen Schulung zurück. So haben zum Beispiel im Amt für Information zwei Genossen Abteilungsleiter im Laufe eines halben Jahres an keiner innerbetrieblichen Schulung teilgenommen und ein Genosse Abteilungsleiter nur an 4 von 16 Schulungen.

Ein anderer Teil unserer Genossen nahm zwar an der innerbetrieblichen Schulung teil, beteiligte sich jedoch nicht aktiv an der Diskussion. Auch wurden die Referenten, die oft noch zu schwach waren, um die innerbetriebliche Schulung richtig durchzuführen, nicht in genügendem Maße unterstützt. Die Probleme wurden nicht mit den Aufgaben der jeweiligen Verwaltungsstelle verbunden und durch konkrete Beispiele aus der täglichen Arbeit erläutert.

Die Parteiorganisation unterschätzte die Bedeutung der innerbetrieblichen Schulung, obgleich gerade im Rahmen dieser Schulung, die alle Verwaltungsangestellten erfaßt, eine ausgezeichnete Möglichkeit gegeben ist, das ideologische Niveau eines jeden Mitarbeiters kennenzulernen, ihm zu helfen, die noch vorhandenen Unklarheiten zu beseitigen und die ideologischen Schwächen zu überwinden. Die Praxis, besonders während des Wahleinsatzes, hat bewiesen, daß die Verwaltungsangestellten noch keineswegs alle unsere

Gesetze und Verordnungen genügend kennen. Viele unserer Genossen haben beim Wahleinsatz selbstkritisch feststellen müssen, daß sie oft die einfachsten Fragen der Bevölkerung nicht beantworten konnten. Dabei müssen aber gerade die Angestellten der Verwaltung, wie Walter Ulbricht in seinem Referat betonte, die besten Propagandisten unserer Gesetze und Verordnungen — dieser Bausteine unserer demokratischen Ordnung — sein.

Die innerbetriebliche Schulung bietet die beste Gelegenheit, den einzelnen Mitarbeitern unserer Verwaltung die Kenntnis der Gesetze und Verordnungen unserer Regierung zu vermitteln und die Politik sowie die Maßnahmen unserer Regierung zu erklären.

Unsere Parteileitungen müssen sich also ernsthaft mit der innerbetrieblichen Schulung in der Verwaltung befassen. Die Bedeutung der innerbetrieblichen Schulung sollte auf einer Parteiversammlung eingehend erläutert und die Beteiligung an dieser Schulung einem jeden Mitglied der Parteiorganisation zur Pflicht gemacht werden. Es wäre zu erwägen, ob man nicht in jeder Grundorganisation einem Genossen die Verantwortung für die laufende Kontrolle der innerbetrieblichen Schulung in Form eines Parteiauftrages überträgt. Aufgabe der Parteileitung ist es, alles zu tun, das Niveau der innerbetrieblichen Schulung zu heben, die notwendige Verbindung zwischen den fachlichen Fragen und den politisch-gesellschaftlichen Problemen ständig zu verbessern, die besten Referenten für die innerbetriebliche Schulung zu stellen und in regelmäßigen Abständen die in der innerbetrieblichen Schulung gemachten Erfahrungen auszuwerten.



Walter Ulbricht
auf der Konferenz von
Staatsfunktionären

Die neuen, höheren Aufgaben erfordern
auch eine höhere Qualität der Mitarbeiter des

Staats- und Wirtschaftsapparates und ein höheres demokratisches Bewußtsein. Wenn wir die Statistik über die Schulung der Angestellten des Staatsapparates durchsehen, so zeigt sich, daß nur ein geringer Teil der Mitarbeiter im Staatsapparat nach 1945 die höhere Schule besucht hat. Viele der Mitarbeiter haben sich nicht und konnten sich vielleicht auch nicht mit den Erkenntnissen der fortgeschrittenen

Wissenschaft auf allen Gebieten vertraut machen. Deshalb müssen wir dazu übergehen, die Schulung im Staatsapparat systematisch durchzuführen, als Pflicht durchzusetzen, nicht nur auf der Basis der Freiwilligkeit. Wir halten es für notwendig, daß in jedem Ministerium und in jeder Verwaltung ein genauer Plan aufgestellt wird, welche Mitarbeiter nacheinander Schulen besuchen sollen. Es muß überprüft werden, welche Mitarbeiter am Fernunterricht teilnehmen, inwieweit sich die einzelnen mit Selbststudium beschäftigen, daß man ihnen weiter Konsultation beim Selbststudium gewährt. Außerdem müssen alle Maßnahmen getroffen werden, um durch Abendkurse, Seminare, besondere Schulungsstunden den Mitarbeitern zu helfen, sich die Ergebnisse der fortgeschrittenen Wissenschaft anzueignen.